

7./II. 1916.

Der Kampf der Gewerkschaften.

Die Auseinandersetzung zwischen dem „Vorwärts“ und dem „Korrespondenzblatt der Generalkommission der Gewerkschaften“ über die Frage „Wo hin die Reise geht?“ hat gestern in dem Organ der Generalkommission eine Fortsetzung erfahren. In einem Artikel „Der Vorwärts auf Reisen“ antwortet das Korrespondenzblatt auf den Einwand des „Vorwärts“, daß die Partei allein zu bestimmen habe:

„Gewiß, die Entscheidung über die Politik der Partei steht allein der Partei bzw. der Fraktion zu. Aber die Gewerkschaften werden sich nie das Recht nehmen lassen, nachzuprüfen, ob die Politik der Partei den Interessen der Gewerkschaften in den einzelnen Fragen entspricht.“

Der „Vorwärts“ hatte erklärt, wenn das Organ der Generalkommission recht hätte mit seiner Auslegung der Parteitagebeschlüsse und der Machtbefugnisse des Parteivorstandes und der Generalkommission, „so würde in Wirklichkeit die Partei nicht nur eine Puppe in den Händen ihrer Instanzen sein, sondern faktisch nur noch eine Filiale und Dependance der Generalkommission.“ Das Korrespondenzblatt sagt dazu, die Gewerkschaften dächten gar nicht daran, eine parteipolitische Dependance zu errichten, solange sie ihr Gut sicher auf dem Parteiwagen verstaute und befördert wissen:

„Was ihnen am Herzen liegt, ist lediglich die Fürsorge für die Sicherheit ihrer praktischen politischen Interessen, deren Wahrnehmung sie der Partei anvertraut haben und die sie zwingt, ein wachsameres Auge auf die Parteiaktion zu haben. Mehr wollen sie nicht. Die Grundsätze, das Programm der Partei — darüber mag die Partei selbst bestimmen.“

Die Massen haben zu bestimmen, sagt der „Vorwärts“; nur in organisatorischen Fragen könnten Gewerkschaften mitreden. In blutigem Hohn erwidert das „Korrespondenzblatt der Gewerkschaften“:

„Organisatorische Fragen, das sind natürlich solche der Kleinarbeit: wie man dem Wagen am besten die Achsen schmirt und den Pferden die Hufe puht, ihnen den Gewerkschaftshäfer vorsetzt und sie mit Gewerkschaftstarifen verschont. Die Peitsche in der Hand, die hat der „Vorwärts“, der berufene Interpret der Masse! Und dann soll die Welt ein Schauspiel befehlen! Es hat zu allen Zeiten schrullenhafte Leute gegeben, warum soll das während des Krieges gerade anders sein. Man kann sich auch leicht denken, daß eine gewisse Sorte von Verächtern ausgerechnet die Kriegszone gegen den Willen der verantwortlichen Kriegsleitung zu unverantwortlichen Spazierfahrten benutzen möchte. Gerade wie es Leute gibt, die es als Elementarbereich des Völkerrechts verteidigen, auf einem kriegsaktiven Schiff als Neutrale unbehelligt über den Ozean zu fahren. Oder inmitten des Gorlice-Durchbruchs seine Sommerfrische in den Karpaten zu verleben. Solche Leute, wenn man sie nicht hindern kann, mögen ihre Haut dabei schließlich zu Marke tragen, — daran verliert die Welt nicht viel. Aber man wird ihnen keinerlei Verantwortung für Personen und Gut anvertrauen und kann höchstens hoffen, daß die Kriegsverwaltung sie nicht weit kommen läßt, zu ihrem eigenen Heil.“

Gegenüber der Drohung des „Vorwärts“ mit einem Proteststurm innerhalb der Gewerkschaften erklärt das Korrespondenzblatt:

„Kein Zweifel, das könnte dem „Vorwärts“ so gefallen, auch in die Gewerkschaften die Desorganisation hineinzutragen. Aber dieser Versuch wird mißlingen, denn so wenig der „Vorwärts“ mit der Partei, ebensowenig sind unsere Gewerkschaftsmitglieder mit den „Massen“ des „Vorwärts“ identisch, denn dieses Massenphantom hat nichts mit der Wirklichkeit und am wenigsten mit Organisation und bewußtem Zusammenwirken aller Kräfte im Gemeinwohl zu tun.“

Für den „Vorwärts“ könne es sich nur „um ein Massengespenst handeln, mit dem er Kinder schrecken möchte“.

Austritt des Abg. Nühle aus der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion. Die sozialdemokratische „Schwäb. Tagwacht“ schreibt: „Es ist von Wichtigkeit, festzustellen, daß das Ausscheiden Nühles aus der Fraktion genau wie das Liebknechts aus eigenem Antrieb erfolgt ist. Nühle hat schon seit Monaten keinen Zweifel darüber gelassen, daß er weit abweicht von den Anschauungen, die für die sozialdemokratische Parlamentstätigkeit seit Jahrzehnten maßgebend waren. Unter diesen Umständen trägt sein Ausscheiden zur Klärung bei.“

Der sozialdemokratische Zentralvorstand für Groß-Berlin hat sich am Freitag mit 25 gegen 14 Stimmen mit der Haltung der 6-Männer-Mehrheit der sozialdemokratischen Landtagsfraktion einverstanden erklärt und die Erwartung ausgesprochen, daß sich in Zukunft auch die übrigen Landtagsabgeordneten Groß-Berlins, die Genossen Braun, Haenisch und Hué, der grundsätzlichen Politik der Mehrheit der Landtagsfraktion anschließen werden. — Diese drei sozialdemokratischen Landtagsabg. Braun, Haenisch und Hué bilden bekanntlich zusammen mit dem Abg. Veinert die auf dem Boden der Mehrheit der Reichstagsfraktion stehende Minderheit der sozialdemokratischen Landtagsfraktion.